GROSS-BERLIN PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 200 B BERLIN • Freitag, den 26. August 1932 1. JAHRGANG

Die Sozialisierung marschiert!

Von der Maas bis an die Memel und von Strasser bis zum Wels. / Seite 3.

Zum Anti-Kriegs-Kongreß in Amsterdam.

Von Minna Specht.

1927 tagte in Brüssel der Kongreß der unterdrückten Völker. Damals waren es die Vertreter der *Kolonial*völker, die mit ihren Reden im Palais Egmont das imperialistische System anklagten und den Zusammenschluß der ausgebeuteten Rassen forderten. Wenn die Redner auf dem Anti-Kriegskongreß, der am Sonnabend—Sonntag in Amsterdam tagt, die Unerbittlichkeit, die Leidenschaft und Wahrhaftigkeit des Ausdrucks erreichen, die jenen Anklägern eigen war, dann wird dieser Kongreß zwar nicht die Welt verändern — das hat auch die Brüsseler Konferenz nicht vermocht —, aber er wird das Gewissen der Arbeiterklasse erschüttern, und diese Erschütterung ist heute nötig.

Der Anti-Kriegs-Kongreß hat es schwerer als jene Tagung gegen den Imperialismus, auf der die Führer ganzer Völker und Rassen zum ersten Mal vor einem internationalen Forum sprachen, Männer wie Senghore, der Präsident des Verteidigungskomitees der französischen Kolonialneger, oder Javaharlal Nehru, der Vertreter des Allindischen Kongresses, hinter dem Millionen einmütig stehen.

Die Massen, die heute in den zivilisierten Staaten gegen die Gefahr neuer Kriege protestieren, haben keine gemeinsamen Führer, die sie nach Amsterdam schicken könnten; sie sind in Organisationen gespalten, die sich so feindselig gegenüber stehen, daß die Mitwirkung der einen Organisation die andere veranlaßt, nicht zu erscheinen; sie haben zahllose internationale Kongresse erlebt, die keine Erschütterungen mit sich gebracht haben. Sie haben vor allem den Baseler Kongreß von 1912 hinter sich mit dem Schwur der sozialistischen Führer gegen den Krieg, auf den der Verrat von 1914 folgte.

Dennoch unternehmen es Barbusse und Rolland, die einerseits beide die großen Tage von Brüssel erlebt haben — Barbusse hat damals die Eröffnungsrede gehalten — und die andererseits das Daniederliegen der heutigen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aus eigener Anschauung kennen, diesen Kongreß zusammenzurufen und an ihn große und weitreichende Hoffnungen zu knüpfen.

Auf der Tagung soll von der „großen Gefahr des imperialistischen Weltkrieges und ihrer wirksamen nationalen und internationalen Bekämpfung" gesprochen werden. Es ist die Annahme eines Manifests geplant und die Wahl eines internationalen Büros vorgesehen. Damit ist das Programm erschöpft.

Mit welchem Recht, so kann man fragen, erwarten Männer wie Barbusse, Rolland, Gorki, Upton Sinclair und all die anderen Schriftsteller und Forscher, die dem Initiativausschuß dieses Kongresses angehören, von der Durchführung dieser Tagung eine Erschütterung der öffentlichen Meinung? Mit welchem Recht erwarten das die Arbeiter-Delegierten, die zu Hunderten aus Betrieben, von Parteien, von Gewerkschaften nach Amsterdam kommen?

Die Antwort darauf ist ebenso einfach wie erschütternd: Die Gefahr imperialistischer Kriege ist im ständigen Wachsen begriffen; die Abwehr der Massen dagegen ist um keinen Schritt über die geistige und politische Ohnmacht hinausgerückt, in der sich das Proletariat vor dem Ausbruch des hinter uns liegenden Weltkrieges befand. Das Erwachen aus dieser Ohnmacht wird daher zu einer Lebensaufgabe.

Ja, die Lage ist ernster als 1914. Das Proletariat ist gespalten, durch die wirtschaftliche Krise geschwächt; die Kriegstechnik ist zu einer Höllenkunst geworden, die den Unterschied zwischen Front und Hinterland nicht mehr achtet; die kapitalistischen Regierungen werden der drohenden Umwandlung des äußeren Krieges in einen Bürgerkrieg mit der kältesten Brutalität entgegensehen, und der Faschismus mit seinem die Köpfe verwirrenden Nationalismus ist über den Mittelstand hinüber bis in die Reihen der Arbeiter siegreich vorgedrungen. Wenn es so aber steht, dann ist das ehrliche und hinreißende Wort von Menschen, deren reine Motive niemand bezweifeln kann, vor dem internationalen Auditorium von Arbeitern, die diese Lage unmittelbar angeht, ein Unternehmen, das die ernsteste Beachtung verdient und das durch das öffentliche Zusammenwirken von leidenschaftlichem Appell und zu Taten drängendem Willen weit über alle Aufklärungsarbeit hinauszugehen vermag, wie sie sonst in dem engen Rahmen von Aufsätzen, Broschüren, Versammlungen oder Aussprachen ihre Betätigung findet.

Daß die Erwartungen, die die Einberufer des Kongresses hegen, berechtigt sind, ist bereits durch zwei Tatsachen erwiesen. Die eine besteht darin, daß eine Reihe kapitalistischer Staaten dem Kongreß das Asylrecht verweigert haben. Es ist bekanntlich die Völkerbundstadt Genf, die zu der Schande, die ihr der Völkerbund zugefügt hat, die selbstverschuldete fügt, den Mund, der die Wahrheit verkündet, zu verbieten.

Die andere liegt in der Absage der reformistischen II. Internationale. Friedrich Adler, der Sekretär dieser Internationale, hat in seinen unrühmlichen Auseinandersetzungen mit Barbusse und Rolland zu der Erklärung gegriffen, daß der Kongreß nichts an-

Zehn Jahre Zuchthaus für 20jährigen Arbeiter.

Ausschließlich auf Grund nationalistischer Zeugenaussagen.

Das Berliner Sondergericht hat am Mittwoch sein erstes Urteil gefällt:

zehn Jahre Zuchthaus für den 20jährigen Hausdiener Schmidtke;

Freispruch für den 25jährigen Arbeiter Bickel.

Schmidtke behauptete, keiner Partei anzugehören und Versammlungen verschiedener Parteien besucht zu haben. Sein Verteidiger war der Rote-Hilfe-Anwalt Litten. Bickel betonte, daß er seit über einem Jahre der SA angehöre, weil man ihm dort Arbeit verschafft habe.

Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nacht zum 15. August in der Proskauer Straße.

Schmidtke wurde beschuldigt, auf Seiten der Kommunisten an dem Zusammenstoß teilgenommen und mehrere Schüsse abgegeben zu haben. Schmidtke bestreitet bestimmt, geschossen zu haben; er habe keine Schußwaffe bei sich geführt, habe auch nie eine besessen. Den Hergang schildert er folgendermaßen: Beim Nachhausegehen habe er in der Rigaer Straße aus der Proskauer Straße heraus Schüsse gehört und deshalb Schutz auf der Polizeiwache in der Zeller Straße suchen wollen. Dabei habe er zunächst in einem Hausflur Deckung gesucht. Als dann das Ueberfallkommando herbeikam, sei er über den Damm gegangen und sei plötzlich von mehreren Nationalsozialisten festgenommen worden, die riefen: „Haltet den Hund fest, der war auch dabei!" Dann sei er verhaftet worden.

Der Hauptbelastungszeuge war der Nationalsozialist Jordan. Er sagt aus: Er habe mit zwei Kameraden nach Hause gehen wollen, als sie in der Proskauer Straße zunächst von zwei Personen, die auf einem Motorrad fuhren, beschossen worden seien. Als sie flüchteten, sei ihnen der Angeklagte Schmidtke entgegen getreten und habe auf ihn und seine beiden Kameraden geschossen. Es habe sich dann noch eine Reihe von SA-Kameraden zu ihnen gesellt, die nunmehr die Verfolgung des Schmidtke begonnen hätten. Sie hätten ihn dann nach längerer Jagd gestellt und der Polizei übergeben. Jordan ebenso wie die anderen nationalsozialistischen Belastungszeugen wollen Schmidtke nur an der Kleidung erkannt haben und wiedererkennen.

Bickel wird beschuldigt, eine Pistole bei sich gehabt zu haben. Auch er bestreitet dies bestimmt und behauptet, nie eine Waffe besessen zu haben. Gegen ihn tritt nur ein Zeuge auf, der behauptet, gesehen zu haben, daß Bickel in einen Toreingang einen Gegenstand niedergelegt habe, der sich dann als die Schußwaffe herausstellte. Auch dieser Zeuge hat in der Dunkelheit das Gesicht nicht gesehen, sondern will Bickel nur an der Kleidung erkannt haben.

Die Aussage Schmidtkes steht also gegen die Aussagen der Nazis, wie es von vornherein nicht anders zu erwarten war. Mit Recht wies der Verteidiger darauf hin, daß es gerichtsnotorisch sei, daß die Nationalsozialisten den Befehl haben, in solchen Prozessen auch unter Eid den politischen Gegner zu belasten. Sollte das Gericht daran zweifeln, dann benenne er die politischen Dezernenten der drei Berliner Staatsanwaltschaften als Zeugen für seine Behauptung.

Trotzdem erklärte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung, daß

das Gericht den nationalsozialistischen Zeugen Glauben geschenkt habe und nicht der Auffassung sei, daß diese Zeugen durch politische Gründe beeinflußt seien.

(Wodurch sich der Belastungszeuge gegen Bickel als weniger glaubwürdig erwiesen hat, sagte der Vorsitzende nicht.) Diese brüchige Grundlage hielt das Gericht für ausreichend zu dem Nachweis, daß Schmidtke sich mit anderen öffentlich zusammengerottet habe und zusammen mit diesen „mit vereinten Kräften" gegen Personen Gewalttätigkeiten begangen habe — denn dies ist nach § 125 StrGB der Tatbestand, der nach § 2,4 der Terrornotverordnung mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft wird.

*

Von dem Gericht braucht man nichts weiter zu wissen als seine Bewertung der Nazi-Aussagen. Gerade nach dem irrsinnigen, allem Rechtsempfinden Hohn sprechenden Veitstanz der Nazis anläßlich des Beuthener Urteils, den doch dieses Gericht auch erlebt hat, und der sogar der „Berliner Börsen-Zeitung" zu bunt war, berührt dies dreifach fürchterlich. In vielen Fällen politischer Prozesse werden die Aussagen politischer Gegner, die einander meist widersprechen, einfach überhaupt nicht als Beweismaterial behandelt. Und das ist auch so in Ordnung. Daß aber hier ein Gericht die Aussagen politischer Gegner, und zwar so unbestimmt begründete Aussagen, einfach als hinreichend ansieht, einen Zwanzigjährigen, der, selbst wenn er geschossen hat, was er aber auch bestreitet, deswegen noch keinen Landfriedensbruch begangen zu haben braucht, und der jedenfalls keinen Menschen verletzt hat, zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren zu verurteilen, sollte genügen, diese Richter nie wieder über Menschen urteilen zu lassen. Wenigstens haben sie von den Grundlagen ihrer Rechtsfindung in den heutigen politischen Prozessen: den Beziehungen der politischen Gruppen untereinander keine Ahnung. Oder doch etwa? Dann ist es um so schlimmer! Denn dann wäre das Urteil überhaupt nur als finstere Rache zu verstehen.

deres sei als ein von Kommunisten für ihre Zwecke aufgezogenes Unternehmen. Es besteht kein Zweifel, daß die Kommunisten ihren Standpunkt zum Kriege auf diesem Kongreß unverhohlen zum Ausdruck bringen werden. Sie haben dies nicht nur erklärt, sondern das Recht hierzu ist ihnen, wie übrigens jeder anderen Organisation auch, ausdrücklich eingeräumt worden. Aber die Verdächtigung Adlers, als sei der Kongreß unter der Führung von Idealisten wie Barbusse und Rolland dem Schicksal verfallen, den Kommunisten eine Alleinherrschaft einzuräumen, ruht nach allem, was schon jetzt darüber bekannt ist, auf so fadenscheinigen Gründen, daß hinter diesen ganzen Einwänden in Wahrheit nichts anderes hervorlugt als die erbärmliche Furcht, in Amsterdam könnte unter den Massen eine Bewegung entfacht werden, die den Kampf gegen den Krieg will, und zwar **mit allen seinen Konsequenzen.** Derselbe Adler, der 1917 den Grafen Stürgkh erschossen hat, „um damit für die revolutionäre Taktik zu demonstrieren", ist mit seinen jetzigen Praktiken durch zwei Erklärungen hinreichend bloßgestellt. Die eine stammt von Rolland, der ihm sein Wort gegeben hat,

„daß der internationale Kampfkongreß gegen den Krieg ein Kongreß aller Parteien gegen den Krieg ist und bleibt, ein Kongreß, der versucht, sie alle gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen, ohne ihrer Unabhängigkeit und ihrer eigenen Taktik Abbruch zu tun, aber ohne zuzulassen, daß eine dieser Parteien auf dem Kongreß eine andere majorisiere, sei es die sozialistische Arbeiter-Internationale (wie es offensichtlich die Absicht ihrer Führer war) oder die kommunistische Internationale".

Das andere Wort stammt von Barbusse:

„Ich fordere Sie mit höchster Eindringlichkeit auf, diesen Geist *der Kritik und der Verleumdung* aufzugeben, der sich *spitzfindig* auf die Interpretierung nebensächlicher oder zurückliegender Tatsachen stützt, und das begonnene Werk in seiner Ganzheit ins Auge zu fassen. Ich fordere Sie auf, dem Anschluß von Arbeitern oder Arbeiterorganisationen, die der II. Internationale angeschlossen sind, an dieses bedeutende und dringende Werk keine Hindernisse zu bereiten."

Mit der persönlichen Diskriminierung Adlers ist leider das Vorgehen der Reformisten gegen den Kongreß nicht erledigt. Wenn auch eine Reihe von Sozialdemokraten aus verschiedenen Ländern aus eigenem Entschluß zum Kongreß fahren werden — die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Presse schweigen den Kongreß tot, es sei denn, daß sie an unauffälliger Stelle die Meldung bringen, daß Gorki und Radek die Einreiseerlaubnis nach Amsterdam einstweilen nicht erhalten haben. Dieses Verhalten der II. Internationale und der ihr nahestehenden Organisationen bringt es mit sich, daß die große Aufgabe, die sich die Einberufer des Kongresses gesetzt haben, *im Kampf gegen den Krieg die Einheitsfront aller Arbeiter anzubahnen,* ungewöhnlich erschwert ist.

Diese Erschwerung liegt einmal darin, daß das lebendige Wort, das in Amsterdam gesprochen wird, das Ohr der meisten sozialdemokratischen Arbeiter nicht erreichen wird. Sie liegt andererseits darin, daß die kommunistische Einheitsfronttaktik, die auf die Zerstörung aller sozialdemokratischen Organisationen abzielt, trotz aller Bemühungen um Neutralität von Seiten der Leiter stark in den Vordergrund rücken wird — zum Schaden der Sache, um die es hier geht. Denn die Taktik der Kommunisten ist nicht dazu angetan, die auf diesem Konreß vorzubereitende Front gegen den Krieg später zu einer wirklichen, *verschiedene* Richtungen in sich vereinenden Einheitsfront zu erweitern.

Der Vorsatz, diese Gefahren zu bannen, muß jeden Sozialisten bewegen, der diesen Kongreß unterstützt und ihm einen starken Erfolg wünscht. Es handelt sich vor allem darum, die konkrete Aufgabe der Abwehr der Kriegsgefahr allen anderen Aufgaben voranzustellen und alle einzelnen Erwägungen, die sich schon jetzt und während der Tagung in den Vordergrund schieben, entweder aus der Diskussion auszuschalten oder nur unter diesem einen Gesichtspunkt zu betrachten. Es ist beispielsweise nicht entscheidend, ob wirklich die Vorbereitung des Krieges gegen Sowjet-Rußland die *nächste* und *unmittelbarste* Kriegsgefahr darstellt, die die Welt bedroht. Genug, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, diesen Krieg einmütig abzuwehren. Aber diese gewaltige Aufgabe, die ihr wahrscheinlich nicht erspart bleibt, entbindet sie darum nicht von der Pflicht, andere Kriege mit der gleichen Einmütigkeit abzuwehren oder doch diese Abwehr anzubahnen. **Der Krieg wird vorbereitet, und zwar von dem kapitalistischen System,** dessen gefährlichste Agenten nicht so sehr die kapitalistischen Kabinette sind — wie gerade in Westeuropa noch so viele glauben —, als vielmehr die *Rüstungsinternationale,* die im Sieger- oder Besiegtenland auf alle Fälle *nur* zu gewinnen hat und auf diesen Gewinn nicht freiwillig verzichtet.

Dies zu erkennen: daß der fast mechanisch wirkende Druck dieser *Internationale* weit schneller und sicherer zum Völkermord führt als der Chauvinismus einzelner Nationen, der von dem Haß und dem Neid gegen den Nachbarn lebt, dazu kann das internationale Forum, zu dem die Arbeiterschaft in Amsterdam versammelt ist, in weit nachdrücklicherem Maß dienen als dies in Anti-Kriegs-Veranstaltungen, die auf die einzelnen Länder beschränkt sind, jemals gelingen wird.

Wenn dies gelingt, wenn aus Amsterdam Flammen schlagen, wie sie damals aus dem Palais Egmont geschlagen sind: Flammen des Hasses gegen den kapitalistischen Feind und Flammen der solidarischen Verbundenheit mit der Sache des Proletariats, so wollen wir diese Flammen nicht mißachten, weil ihre Glut den Gegner nicht vernichtet, sondern wir wollen den hellen Schein, der von ihnen ausgeht, verbreiten helfen und dafür Sorge tragen, daß die Machenschaften der Kriegsschürer in sein unbarmherziges Licht gerückt werden!

Tagung der osteuropäischen Agrarstaaten.

Polen ergreift die Initiative.

Am 5. September soll — gemäß den Verabredungen, die auf der Lausanner Konferenz bei der Beratung der Donaufragen getroffen worden sind — in Stresa am Lagio Maggiore der Ausschuß zum Studium der Wirtschaftsprobleme Zentral- und Osteuropas zusammentreten. Diese Konferenz, die von vielen Seiten für einen Auftakt der Weltwirtschaftskonferenz gehalten wird, soll sich mit den Schwierigkeiten des Transfers (der Uebertragung von Zahlungen in eine fremde Währung) und des stark zurückgegangenen Handels beschäftigen und vor allem Maßnahmen zur Belebung des Handelsverkehrs zwischen den mitteleuropäischen Ländern ausarbeiten.

Polen hat nun — offenbar um in den Verhandlungen von Stresa die Führung zu gewinnen — eine vorbereitende Zusammenkunft von Vertretern der betreffenden Staaten nach Warschau einberufen. Vertreten sind: Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen, Estland und Lettland. Die Tagung soll Richtlinien für ein gemeinsames Vorgehen des Agrarblocks in Stresa ausarbeiten.

Das entscheidende Problem, das jetzt in Warschau in Angriff genommen wird, ist eine Forderung, die von den beteiligten Staaten ihren *Gläubigern* gegenüber vertreten werden soll: Als Grundsatz für Handelsvertragsabschlüsse mit den Gläubigerstaaten soll künftig gelten, daß die Zahlungsbilanz der in Warschau vertretenen Staaten ausgeglichen bleiben soll, d. h. daß diese Staaten Einfuhrüberschüsse aus den Gläubigerstaaten nur dann aufnehmen werden, wenn diese ihnen dafür hinreichende und genügend langfristige Kredite gewähren.

Als Gläubiger für Ost- und Mitteleuropa kommt fast nur Frankreich in Frage. Der geplante neue Grundsatz richtet sich daher, wie es einstweilen scheint, in erster Linie gegen den bisherigen französischen Geldgeber. Daß gerade Polen die Initiative zu diesem Schritt ergreift und sich darum bemüht, die Führung bei den kommenden Beratungen zu behalten, ist ein Glied in der die eigene Unabhängigkeit betonenden Politik, die Polen, vor allem seit Frankreichs Versuch, sich in Lausanne an England anzuschließen, offensichtlich betreibt. Ob Polen sich ernstlich in seiner Politik von der bisherigen Anlehnung an Frankreich lösen will, oder ob es nur durch ein festeres und selbständigeres Auftreten sich den bisherigen Bundesgenossen gefügiger machen will, läßt sich noch nicht sagen. Wie sich die Beziehungen gestalten werden, wird weitgehend davon abhängen, auf welche Politik sich Herriot, der sich bisher noch möglichst viele Türen offengelassen hat, endgültig festlegen wird.

Russisch-französische Annäherungen.

Wie der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian" meldet, sind in den vergangenen Tagen Fortschritte in den Verhandlungen über den Abschluß eines französisch-russischen Nichtangriffspaktes gemacht worden.

Der russische Botschafter in Paris soll der Regierung gleichzeitig Pläne für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unterbreitet haben. Darin soll der Vorschlag enthalten sein, daß Rußland die Schulden des Zarenreichs an Frankreich bezahlt, wenn russische Wechsel zum normalen Zinssatz der Bank von Frankreich diskontiert würden und die französische Regierung eine Garantie von 40 Prozent für alle russischen Aufträge an französische Firmen gewähren würde.

Wir geben nur mit größtem Vorbehalt die Nachricht wieder, daß auch ein Abkommen hinsichtlich der Propagandatätigkeit zwischen Rußland und Frankreich zur Diskussion steht. Hiernach soll sich die Sowjet-Union verpflichten, der Tätigkeit der III. Internationale in Frankreich gewisse Beschränkungen aufzuerlegen, während die französische Regierung in der Unterstützung der Weißrussen zurückhaltender sein will.

*

Von russischer Seite wird zu der Meldung des „Manchester Guardian" über handelspolitische Verhandlungen Rußlands mit Frankreich berichtet, daß das bisher letzte Angebot Rußlands an Frankreich von dem früheren russischen Botschafter in Paris, Rakowski (dem jetzt verbannten „Trotzkisten"), überreicht worden sei. In den kürzlich stattgefundenen Besprechungen sei kein neues russisches Angebot zur Regelung der Schuldenfrage gemacht worden.

*

Herriot empfing am Mittwoch nachmittag den russischen Botschafter in Paris, Dowgalewski. Wie es heißt, hat der russische Botschafter den Wunsch geäußert, erneut wegen des Abschlusses eines französisch-russischen Nichtangriffsvertrages mit der französischen Regierung Fühlung zu nehmen.

Reaktionäre „Wissenschaft".

In der Abteilung „Kunst, Welt, Wissen" einer reaktionären bürgerlichen Zeitung stand kürzlich ein Aufsatz des bekannten Hamburger Biologen J. v. Uexküll: „Menschenpläne und Naturpläne". Wie mancher andere Beitrag, der an dieser Stelle erscheint, gewährt auch er einen recht aufschlußreichen Einblick in das geistige Niveau der von solchen Zeitungen vertretenen Gesellschaftsschicht.

Der Aufsatz beginnt mit der Antwort, die der Astronom Laplace auf eine Frage gegeben hat, die Napoleon ihm stellte, warum er bei seinen wissenschaftlichen Untersuchungen den göttlichen Plan nicht erwähne: „Sire, wir glauben ohne diese Hypothese auskommen zu können."

Uexküll schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Wenn Napoleon heute die Frage nach einem göttlichen Plan an einen modernen Biologen richten würde, so müßte dieser ihm antworten: ‚Sire, ohne diese Hypothese können wir nicht arbeiten.'"

Laplace lebte im Zeitalter der Aufklärung, in jener Zeit also, in der im Geistesleben der Gesellschaft das Vertrauen erstarkte, durch die Kraft der eigenen Vernunft eine wissenschaftliche Erkenntnis von der Natur und von den Aufgaben des Menschen in der Natur gewinnen zu können. Aus diesem Vertrauen erwuchs die Bereitschaft, sich beim Erforschen der Natur von der naturwissenschaftlichen Fragestellung nicht abdrängen zu lassen, die von der Einsicht in die Gesetzlichkeit der Natur ausgeht und diese Gesetzlichkeit im Einzelnen, d. h. in der kausalen Verknüpfung der Naturereignisse untereinander aufzudecken bemüht ist. Die Aufgabe des Naturforschers ist es, die Ursachen von Naturereignissen mit Beharrlichkeit und Fleiß *in der Natur zu suchen* und sich selbst da, wo dieses Suchen vorläufig noch keinen Ansatz zur Lösung gegeben hat, nicht durch die Annahme übernatürlicher und daher wissenschaftlich unkontrollierbarer Erklärungen zu trösten.

Solchen Scheinlösungen sagte Laplace mit seiner Antwort den Kampf an. Er traute es sich selber und der Wissenschaft zu, Naturvorgänge *aus Naturvorgängen* zu erklären und dafür keines Ausflugs in einen außerhalb der Natur gelegenen Himmel zu bedürfen.

Heute, mehr als hundert Jahre später, weisen Vertreter der deutschen Hochschul-„Wissenschaft" diesen Anspruch als übereilt zurück. Uexküll ist keineswegs der Einzige, der den Laplaceschen Standpunkt, den Standpunkt der Aufklärung, verlassen hat, seine Aeußerung in der Unterhaltungsbeilage einer Tageszeitung nicht die Darstellung eines zufälligen Einfalls, sondern das Eindringen der sogenannten „vitalistischen" Anschauung, die in weiten Kreisen der Fachgelehrten heute herrscht, in die Vorstellungswelt des Bürgertums.

Was hat sich in diesen hundert Jahren gewandelt? Ist die Naturwissenschaft auf einen Punkt gestoßen, der das Forschen nach den kausalen Zusammenhängen der Naturereignisse unter einander als aussichtslos erwiesen hat? Die Vertreter der biologischen Anschauungen Uexkülls bejahen diese Frage: Die Planmäßigkeit der Natur steht, so behaupten sie, dem Laplaceschen Ansatz entgegen; sie nötigt den Forscher, in seinen Erklärungen andere Wege zu suchen.

Um diese Behauptung dem Laien verständlich zu machen, argumentiert Uexküll folgendermaßen: Es gibt einen kleinen Käfer, den sogenannten Rüsselkäfer, der von Birkenblättern eine Spitze abschneidet, diese zu einer Tüte zusammenrollt und, mit Hilfe seines beweglichen Rüssels, den äußersten Zipfel des Blattes an die Tüte andrückt und dort festklebt, sodaß die Tüte Halt bekommt und den Eiern, die der Käfer hineinlegt, Schutz gewährt. Diese Tüte, so erklärt Uexküll, ist ebenso wie viele andere von Tieren hergestellte Dinge „ein durch und durch planvolles Gebilde". Die Tiere stellen solche für sie „nutzbaren Dinge" her, wie die Menschen die für ihren Gebrauch notwendigen Werkzeuge. Nur mit einem Unterschied: Menschen, die sich Werkzeuge oder andere Gebrauchsgegenstände herstellen, haben sich einen „Bauplan" von dem gewünschten Ding gemacht, nach dem sie planvoll die Mittel anwenden, die zur Herstellung des betreffenden Geräts erforderlich sind. Uexküll meint: „Man kann das folgendermaßen ausdrücken: Zur Herstellung eines Gegenstandes in der menschlichen Umwelt benutzt der Mensch den Bauplan des Gegenstandes. Zur Herstellung eines Gegenstandes in seiner Umwelt benutzt der Bauplan das Tier."

Der Aufstieg von diesen die Tiere ausnutzenden und die ganze Natur durchdringenden „Naturplänen" zum Weltenschöpfer und dem göttlichen Plan ist kurz und steil: Da die Tiere imstande sind, planvolle Gegenstände herzustellen, müssen sie selber planvolle Gebilde sein. Das ist, so meint Uexküll, „ohne weiteres einleuchtend, denn woher sollte sonst der Plan stammen?" Die „Planmäßigkeit, die den Bau der Lebewesen auszeichnet", erlaubt dann den Schluß auf den Weltenschöpfer, der den Tieren den Bauplan eingepflanzt hat. „Sobald der Weltenschöpfer ausgeschaltet wurde, mußte auch der Bauplan verschwinden, denn woher sollte er stammen?" Damit ist der Beweisgang geschlossen.

Es ist interessant, festzustellen, an welcher Stelle dieser Argumentation nun eigentlich der Schritt über Laplace hinaus gemacht wird. In der Problemstellung selber liegt er jedenfalls noch nicht. Denn die Probleme, von denen Uexküll ausgeht, beziehen sich ausgesprochen auf die kausale Erklärung gewisser Vorgänge. Am anregenden Beispiel des Rüsselkäfers entrollt Uexküll die Fragen: Wie sind die Instinkthandlungen von Tieren zu erklären und wie die Entstehung von Lebewesen?

Auch in dem Lösungsansatz, mit dem Uexküll diesen Fragen beizukommen sucht, in seiner Behauptung, die Tüte des Käfers und dieser selber seien planvolle Gebilde, liegt noch nichts, was nicht auch vom Standpunkt Laplaces aus diskutierbar wäre. Die Behauptung sagt etwas aus über die Ursache der Entstehung von Tüte und Käfer; denn ein planvolles Gebilde ist ein solches, dessen Entstehung darauf zurückzuführen ist, daß ein denkendes Wesen sich seine Herstellung zum Zweck gesetzt und auf Grund eines Plans die zur Erreichung dieses Zwecks notwendigen Mittel ergriffen hat. Ob die Tiere und ihre Produkte wirklich solchen Vorgängen ihr Dasein verdanken, ist eine Frage, die mit den Methoden der Naturwissenschaft in Angriff genommen werden kann.

Erst wenn es darum geht, diese Nachprüfung im einzelnen vorzunehmen, dann zeigt sich die unüberbrückbare

Deutsche Gerichte sprechen sich ihr Urteil.

Wir bringen im folgenden Urteile aus den letzten zwei bis drei Tagen als Beitrag zu dem Thema: Politische Justiz.

I. Zusammenstöße (Landfriedensbruch, Körperverletzung . . .).

Gericht: Schöffengericht Berlin-Schöneberg.
Urteil: Freispruch.
Politische Richtung der Angeklagten: NS.

Bericht (nach „Vorwärts"): Drei Nationalsozialisten hatten am Abend des 6. März in der Nähe des Halleschen Tors Mitglieder des „Reichsbanners" und der Arbeiterjugend überfallen und mißhandelt. Die Aussagen der Belastungszeugen waren eindeutig und glaubhaft; in diesem Sinne lauteten auch die Ausführungen des Staatsanwalts, der gegen zwei der Angeklagten drei Monate Gefängnis, im dritten Falle Freispruch beantragte. Als die Beweisaufnahme bereits zu Ende war, erschien, hakenkreuzgeschmückt, der Verteidiger der Angeklagten. Er hielt folgendes klassische Plädoyer:

„Meine Herren! Ich weiß zwar nicht, was vorgefallen ist; aber soviel steht fest, daß die Angeklagten keinen bösen Willen hatten und daß die Angeklagten getan haben, was ein deutscher Mann immer tut: Sie haben als Kerle dagestanden."

Das Gericht schien der gleichen Meinung zu sein: es sprach die „Kerle" frei. Landgerichtsdirektor Ziegel meinte, zwar bestehe der Verdacht, daß die Nazis angefangen hätten, da sie in der Ueberzahl gewesen seien — aber die Schuld sei deshalb nicht erwiesen, weil ihre Belastungszeugen einer gegnerischen Partei angehörten und deshalb nicht unparteiisch seien.

(An demselben Tage erfolgte vor dem Berliner Sondergericht die ungeheuerliche Verurteilung des jungen Arbeiters Schmidtke zu 10 Jahren Zuchthaus, und zwar allein auf Grund nationalsozialistischer (gegnerischer) Zeugenaussagen, die der Darstellung Schmidtkes völlig widersprachen.)

Gericht: Glogauer Sondergericht.
Urteil: Mathäus ein Jahr Gefängnis. Sieben weitere Angeklagte Gefängnis von drei bis zu neun Monaten.
Politische Richtung der Angeklagten: Eiserne Front und Kommunisten.

Bericht (nach „Vorwärts"): Am Tage nach dem Wahlsonntag war eine Anzahl SA-Leute in voller Kriegsbemalung vor dem Arbeitsamt Steinau erschienen. Es kam vor dem Arbeitsamt zu einer zunächst harmlosen Anrempelei, die auch ohne weitere Folgen geblieben wäre, wenn nicht der SA-Mann Anders seine Pistole gezogen und den Arbeiter Wittig durch einen Schuß am Kopf verletzt hätte. Ein Teil der Erwerbslosen stürmte nun in verständlicher Erregung den flüchtenden Nazis nach. Diese erhielten aus dem Schützenhause telephonisch herbeigerufene Verstärkungen, und es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem der Arbeiter Friese von den Nazis durch Messerstiche noch schwer verwundet wurde. Auch einige Nazis wurden verletzt. Eine spätere Durchsuchung bei einem Trupp SA-Leute förderte mehrere Revolver mit Munition, Dolche, Totschläger und andere Handwaffen zutage.

Gericht: Amtsgericht Ulm.
Urteil: 25 Mark Geldstrafe.
Politische Richtung der Angeklagten: SS-Mann.

Bericht (nach „Vorwärts"): In Ulm wurde im Juli dieses Jahres der 56jährige sozialdemokratische Stadtrat und Redakteur Goehring von einem SS-Mann und mehreren SA-Leuten angerempelt, unter gröblichsten Beschimpfungen eine Straße entlang verfolgt, mit schweren Stiefeln in den Oberschenkel getreten, ins Gesicht und an den Hinterkopf gschlagen und wiederholt schwer mißhandelt. Täter war der SS-Mann Moeder, früherer Reichswehrwachtmeister und Versorgungsanwärter.

Gericht: Amtsgericht Ulm.
Urteil: Drei Monate Gefängnis für Kroll.
Politische Richtung der Angeklagten: „Reichsbanner".

Bericht (nach „Vorwärts"): Im Juli war es in Ulm zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und dem SA-Mann Braig gekommen. Dabei hatte der 63jährige Reichsbannermann Kroll dem Braig einen Hieb mit dem Stock versetzt. Kroll behauptete, Braig habe ihm vorher einen Stoß gegen die Brust gegeben, was Braig aber bestritt.

Gericht: Kieler Sondergericht.
Urteil: Für sieben Angeklagte Gefängnisstrafen von acht bis zu achtzehn Monaten. Außerdem drei Monate Gefängnis für Münster.
Politische Richtung der Angeklagten: Münster ist SA-Mann, die übrigen sieben gehören zur Eisernen Front.

Bericht (nach Telegraphen-Union): Sieben Mitglieder der Eisernen Front in Neumünster hatten sich wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu verantworten, außerdem der 20jährige SA-Mann Münster wegen verbotenen Waffenbesitzes. Am 24. Juli verteilten drei SA-Leute in Neumünster Flugblätter. In der Lerchenstraße wurde ihnen von etwa 20 Mitgliedern der Eisernen Front das Betreten der Häuser verwehrt. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf beide Parteien Zuzug erhielten. Als die SA-Leute sich anschickten, in die Häuser zu gehen, wurden sie von der Uebermacht ihrer politischen Gegner angegriffen, wobei vier Nationalsozialisten schwer verletzt wurden, durch Schläge mit Knüppeln, Zaunlatten, Handstöcken, zerbrochenen Bohnenstangen sowie durch Dolchstiche. Die Angeklagten sind durchweg in der Voruntersuchung geständig gewesen. Münster gab zu, ein großes Schlachtmesser hervorgezogen zu haben. Gegen die Verurteilten mit Ausnahme des SA-Mannes wurde Haftbefehl erlassen.

Gericht: Breslauer Sondergericht.
Urteil: Je sechs Monate Gefängnis für drei Angeklagte.
Politische Richtung der Angeklagten: SAP.

Bericht (nach Telegraphen-Union): Nach dem Attentat gegen den Rechtsanwalt Eckstein befürchteten Anhänger der SAP in der Jauerstraße in Breslau ebenfalls einen Ueberfall und stellten Wachen aus. In der Nacht zum 9. August fiel dem Tapezierer Artur Jürschke und seinem Sohn, dem Klempner Walter Jürschke, an der Ecke Jauer-Striegauer Straße in der Dunkelheit ein Mann auf, der sich jedoch als Polizeibeamter entpuppte. Trotzdem fiel eine Reihe von SAP-Leuten über den Polizeibeamten her und mißhandelte ihn, sodaß er liegen blieb und erst später nach Hause gehen konnte. Die Angreifer hatten den Beamten für einen Nationalsozialisten gehalten, der einen Ueberfall vorbereiten wollte. Die Beweisaufnahme ergab die Schuld des Jürschke und seines Sohnes sowie des Schlossers Schwiers, während den anderen Angeklagten nichts nachgewiesen werden konnte.

Gericht: Altonaer Sondergericht.
Urteil: Fünf Erwerbslose erhielten Gefängnisstrafen von sieben bis zu zehn Monaten.
Politische Richtung der Angeklagten: Fraglich; protestierende Erwerbslose.

Bericht (Telegraphen-Union): Am 7. Juli zogen etwa 60 Quickborner Erwerbslose nach vorher eingeholter behördlicher Genehmigung nach Pinneberg, um beim Landrat gegen den Abbau der Wohlfahrtsunterstützungssätze zu protestieren. Eine Abordnung, die in das Landratsamt geschickt wurde, kehrte ohne Ergebnis zurück. Daraufhin rotteten sich die Quickborner mit den Pinneberger Erwerbslosen zusammen, um in den Straßen der Stadt zu demonstrieren. Drei Polizeibeamte stellten sich dem Zuge entgegen, konnten aber nichts ausrichten. Als weitere fünf Beamte hinzukamen, wurden sie von den Demonstranten angegriffen. Sie wurden zum Teil zu Boden gerissen und durch Faustschläge und Fußtritte mißhandelt. Die Beamten gingen mit dem Gummiknüppel und der Schußwaffe gegen die Menge vor. Mehrere Personen wurden festgenommen. Diese hatten sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten.

II. Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung.

Gericht: Glogauer Sondergericht.
Urteil: Sechs Wochen Gefängnis für den Rädelsführer.
Politische Richtung der Angeklagten: SA.

Bericht (nach „Vorwärts"): In der schlesischen Kleinstadt Steinau (Oder) hatte der SA-Führer Wilhelm Elsner eine „Strafexpedition" organisiert, um in dem Arbeiterviertel die Freiheitsfahnen herunterzuholen und zu verbrennen. Mit einer Horde von etwa 25 bis 30 SA-Leuten durchzog er die Stadt, und überall dort, wo sich eine Freiheitsfahne zeigte, drangen die SA-Leute in das betreffende Haus ein und versuchten, die Bewohner durch Drohungen zur Herausgabe der Fahnen zu zwingen. In zahlreichen Fällen wurde Hausfriedensbruch verübt. Mehrfach wurden die Freiheitsflaggen auch, soweit sie erreichbar waren, heruntergerissen. Unter allgemeinem Gejohle wurden die erbeuteten Fahnen angezündet und verbrannt.

Gericht: Halberstadt.
Urteil: Geldstrafen von 10 bis zu 35 Mark.
Politische Richtung der Angeklagten: Nationalsozialisten.

Bericht (nach „Vorwärts"): In der Nacht vom 27. zum 28. Juni zogen in Halberstadt drei aufbauwillige Kräfte aus. Die drei Nazis Mixdorf, Schmidt und Körner statteten zunächst dem sozialdemokratischen Halberstädter Landrat einen Besuch ab und warfen mit Steinen alle erreichbaren Fenster ein. Weiter zertrümmerten sie Straßenlaternen, bewarfen Straßenpassanten mit Steinen und rissen den Zaun des katholischen Friedhofes ein. Hinzukommenden Polizeibeamten leisteten sie Widerstand. Wegen all dieser Dinge hatten sie sich nun vor dem Strafrichter zu verantworten. Die Angeklagten waren im wesentlichen geständig, entschuldigten sich aber mit Trunkenheit. Der Staatsanwalt beantragte wegen der „harmlosen Ausschreitungen" unter dem Milderungsgrund der Trunkenheit lächerlich geringe Geldstrafen: je 10 Mark für die Zertrümmerung der Fensterscheiben im Landratsamt, 10 Mark für das Werfen auf Passanten, 20 Mark für die Zertrümmerung von Laternen und das Einreißen des Zaunes am katholischen Friedhof, ferner je 35 Mark wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Das Gericht schloß sich den Strafanträgen des Staatsanwalts an und sprach darüber hinaus die drei Angeklagten wegen Zertrümmerung der Scheiben im Landratsamt frei, da diese auch von anderen Leuten zertrümmert worden sein könnten.

Gericht: Sondergericht Ratibor.
Urteil: Juretschke ein Jahr zwei Monate Gefängnis, Macha ein Jahr, Nitsch 10 Monate Gefängnis; sämtlich wegen gemeinsamer Sachbeschädigung.
Politische Richtung der Angeklagten: Anscheinend den Kommunisten nahestehend.

Bericht (Telegraphen-Union): Angeklagt waren der Fleischergeselle Juretschke, der Steinsetzer Nowak sowie der Arbeiter Nitsch, sämtlich aus Osterwitz und der Schmied Macha aus Hochkretscham im Kreise Leobschütz. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, bei einem Tanzvergnügen am 26. Juni in Hennersdorf im Kreise Leobschütz durch wiederholte Rufe „Heil Moskau" und „Rot Front" die anderen Gäste belästigt zu haben. Daraufhin wurde den Angeklagten das Lokal verboten. Da sie dem Verlangen nicht freiwillig Folge leisteten, mußten sie mit Gewalt aus dem Saale entfernt werden. Auf der Straße angekommen, hetzten sie die dort stehenden Neugierigen auf, und schließlich wurde ein Bombardement mit Steinen, Kalkeimern und Gartenstühlen eröffnet, so daß die Gäste gezwungen waren, zum Teil durch die Fenster zu flüchten. Nun drangen die Unruhestifter in den Saal ein und zerschlugen die gesamte Einrichtung. Dabei wurden Juretschke, Nitsch und Macha bestimmt erkannt, während dem Angeklagten Nowak eine Teilnahme nicht nachzuweisen war.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

64)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Der Zug aus Bremen bringt wieder Matrosen, — die Meuterer von den Linienschiffen „Thüringen" und „Helgoland", die bald nach ihrer Einlieferung in den Arrest aus Wilhelmshaven abtransportiert wurden und sich während der Bahnfahrt mit den Begleitmannschaften von der Infanterie verbrüdert haben. Beim Einfahren in Bremen haben sie die Revolution ausgerufen. Das war am 6. November, das war gestern. Und heute sind sie nach Celle gekommen, um die seit 1917 im Zuchthaus sitzenden Kameraden zu befreien.

Das alles erzählen sie in wenigen schnellen Sätzen.

Auch die auf dem Gang aufgestellten Infanteristen hören zu.

Und jetzt ist der Holzpferch zu eng geworden.

Nachdem die erste Planke gelöst ist, geht alles sehr schnell. Die Bretterwände fallen auseinander. Die Infanteristen lassen sich die Gewehre abnehmen. Der Spieß, der auf den Tumult hin herbeigelaufen kommt, wird verhaftet. Gleich nach ihm der Bahnhofskommandant, ein Oberleutnant, der noch ganz erstaunt am Tisch sitzt.

Der Bahnhof gehört den Matrosen.

Ein Bootsmaat, ein kleiner Kerl, flink und behende wie eine Katze, gibt Anordnungen und organisiert die revolutionäre Bahnhofswache. Die Matrosen bewaffnen sich. Ein Maschinengewehr wird gebracht.

In der Wachtstube klingelt das Telephon.

„Hier Generalkommando Hannover!" schnarrt es.

„Hier Soldatenrat Celle!" antwortet der Bootsmaat.

Es knackt nur einmal kurz in der Hörmuschel. Der Herr im Generalkommando hat den Hörer wieder aufgelegt. Die Matrosen lassen sich keine Zeit. Jetzt haben sie wieder Gewehre, sogar ein Maschinengewehr und ausreichende Munition. Sie treten in Gruppenkolonnen an und marschieren in geschlossener Formation mit Gesang durch Celle nach dem vor der Stadt stehenden Zuchthaus. Bonczyk bedauert nur, daß man sich in militärischer Ordnung und der Größe nach aufgestellt hat, und daß er nicht vorn neben Raumschuh marschieren kann.

„Ist doch gut, daß wir von Hamburg abgefahren sind . . .", sagt er zu seinem Nebenmann: „Hier ist doch wenigstens noch was los!"

Einen guten Tagesmarsch weiter, 50 Kilometer von Celle entfernt, eingefriedet von tausendjährigen Wällen, liegt die alte Residenzstadt Braunschweig. Vor fünf Tagen war in Braunschweig zu einer großen Versammlung aufgerufen worden. Am Hagenpark, am Löwenwall, an den Straßenecken schrien von den Mauern herunter Plakate: „Karl Liebknecht spricht!"

Aber Liebknecht war nicht gekommen. Ein bekannter Agitator aus Braunschweig, der frühere Schneidergeselle August Merges, hielt die Rede. Nach der Versammlung wurde ein Umzug durch die Stadt gemacht. Vom Löwenwall herunter bewegte sich der Zug am herzoglichen Schloß vorbei, machte einen Umweg durch die Fallerslebner Straße an den Dragonerkasernen entlang, und dann stauten sich die Massen, Arbeiter, Soldaten, Frauen, mitten in der Stadt auf dem Hagenmarkt. Die Anwohner rissen die Fenster auf, sie rissen auch ihre Augen weit auf. Der Schneider Merges hielt noch eine Schlußansprache und entließ die Versammelten mit den Worten: „Vielleicht schon in den nächsten Tagen wird man euch wieder brauchen!"

Seither warten die Arbeiter Braunschweigs auf das Signal.

Der „Volksfreund" und die „Braunschweigischen Anzeigen" brachten noch Nachrichten vom Kriegsschauplatz, von rückwärtsgelegenen Stellungen, die aus taktischen Gründen bezogen wurden. Sie brachten Waffenstillstandsbetrachtungen und einen Erlaß des Kaisers zur Verfassungsänderung, auch einen Aufruf der Regierung an das deutsche Volk, in dem zu Ordnung und Selbstzucht gemahnt, und den Mannschaften des Landheeres und der Flotte, die durch ihre Manneszucht das Vaterland gerettet haben, der gebührende Dank ausgesprochen wird.

Wichtig ist, was die Zeitungen nicht schreiben!

Es laufen Gerüchte durch die Stadt von Unruhen in Kiel: „Die Matrosen auf den Schiffen meutern." „Auf Cuxhaven und Hamburg soll die Bewegung übergesprungen sein."

„Wilson verlangt die Auslieferung der Kaiserfamilie."

Das so festgefügte und geruhsame Braunschweig ist plötzlich von einer heimlichen Unruhe erfüllt. Wo einer schneller als gewöhnlich durch die Straßen geht, werden Fenster aufgemacht. Vor den Haustoren stehen Bürger und tuscheln sich Geheimnisse zu.

„Ich hab's von dem Sattler Radke gehört. Der war in Bremen auf der Lederversorgungsstelle . . ."

„Also in Bremen auch?"

„Eine große Demonstration hat er gesehen, mit einer roten Fahne vorneweg."

„Na ja, die Hafenstädte, aber Braunschweig . . ."

„Das sagen Sie nicht, in der Fliegerkaserne ist auch nicht mehr alles in Ordnung."

„Das ist wegen dem Prinzen Sigismund, das geht auch nicht, der ist viel zu jung als Kommandeur!"

„Und gestern sind Matrosen angekommen."

„Auch heute mit dem Vormittagszug."

„Am Petritorwall habe ich zwei gesehen . . ."

Einige Frauen unterhalten sich.

„Haben Sie schon gehört, — die Herzogin packt ihre Koffer!"

„Was Sie nicht sagen? Ob das wahr ist?"

„Wo soll das auch noch hinführen; auf die Nährmittelkarte 35 hat's heute wieder nichts gegeben."

„Am Bahnhof soll's Kohlen geben."

„Ach, da steht man bloß, und nachher gibt's nichts."

Ein trüber Novembertag. Die Windstöße, die in die Straßen herunterlecken, bringen eine kalte Feuchtigkeit mit. Es klebt sich naß an die Mauern, die Fensterscheiben beschlagen. Abgefallene Blätter wirbeln aus dem Park. Es riecht faulig und süß.

Es ist der Herbst, aber es ist anders als sonst.

Es ist etwas im Anzug.

(Fortsetzung folgt.)

Metallarbeiter-Verbandstag in Dortmund.

Der zweite Verhandlungstag des Verbandstages begann mit der Diskussion über die Referate des vergangenen Tages (Geschäftsbericht, Kassenbericht und Bericht der Schriftleitung des Verbandsorgans).

Hervorstechend an der Diskussion war, daß die Gemüter sehr stark bewegt werden von den *Gegenwartsaufgaben.*

Zur Frage der Einheitsfront und der parteipolitischen Neutralität.

Einzelne Diskussionsredner kamen der Ursache für das Scheitern der Einheitsfrontbestrebungen zwischen den beiden Arbeiterparteien sehr nahe, wenn sie den gegenseitigen Kampf der Arbeiterparteien und Gewerkschaftsrichtungen, in der Presse sowie im täglichen Leben, dafür verantwortlich machten.

Scheer (Hohenlimburg) gab ein praktisches Beispiel für das Gelingen einer guten Einheitsfront in Hohenlimburg, wo die beiden Arbeiterparteien zusammen mit den Gewerkschaften den Schutz des Gewerkschaftshauses sowie des Parteieigentums gegenüber dem Faschismus übernahmen. Der gleichen Ansicht wie Scheer ist Gladow (Berlin), der angesichts der drohenden Gefahr des Faschismus den Burgfrieden zwischen den Arbeiterparteien verlangte.

Einige Diskussionsredner betonten gegenüber diesen Erfahrungen, daß die *Gewerkschaften* eine geeignetere Grundlage für die Schaffung der Einheitsfront gegen den Faschismus bildeten als die Parteien. Der Beweis dafür sei durch die Erfahrung gegeben, daß in Momenten, wo die Arbeiterbewegung vor großen entscheidenden Aufgaben gestanden habe, die Gewerkschaftsaktion die Einheitsfront herstellte.

Marquard (Berlin) bezeichnete es sogar offen *als ein Verbrechen, die Gewerkschaften für Parteizwecke zu mißbrauchen, wie das heute geschieht.* Er nannte damit die Ursache dafür, daß die Gewerkschaften *heute* ihrer großen geschichtlichen Aufgabe sich bisher nicht gewachsen zeigten.

Alle diese Ausführungen, die sämtlich in sachlicher Weise erfolgten, bekamen einen bitteren Beigeschmack durch die Art und Weise, in der sie von der Mehrheit der Delegierten aufgenommen wurden. (Unsachliche Zwischenrufe, oft wurden sogenannte „Oppositionelle", bevor sie zu reden begannen, als solche durch Zwischenrufe „Opposition" eingeführt und die vorurteilsfreie Aufnahme ihrer Ausführungen damit in Frage gestellt.)

Zur Frage der Tolerierungspolitik der SPD durch die Gewerkschaften.

Viele Diskussionsredner erhoben gegen das Referat des Schriftleiters Kummer einen Vorwurf, weil er u. a. gesagt hatte, es käme darauf an, die Gewerkschaften von der SPD zu distanzieren. Sie traten also praktisch für eine noch engere Anlehnung an die SPD ein, als er sie treibt und gaben damit offenbar die Meinung der Mehrzahl der Delegierten wieder. Es waren auch zu diesem Thema kritische Stimmen da. So z. B.:

Kraus (Köln): Braudes hat gesagt: wer wagt es, sich hier hinzustellen und zu sagen, der DMV hätte nicht alles getan, was in seinen Kräften stand? Wenn er damit die Unterstützungen gemeint hat, die an die Mitglieder gezahlt werden konnten, so mag er damit Recht haben; aber damit ist es nicht getan. Der Faschismus ist eine außergewöhnliche Gefahr, dagegen muß etwas anderes unternommen werden. Ich will die Kampfmittel hier nicht im einzelnen beschreiben, das muß in gemeinsamer sachlicher Beratung herausgestellt werden. Es darf nicht jede Kritik als verbandsschädigend betrachtet werden. Wenn wir (Oppositionelle) mit den gleichen Mitteln arbeiten würden, wir könnten beim 4. August 1914 beginnen und eine Schandtat nach der anderen aufzählen; aber wo kämen wir da hin. Es gilt eben heute nicht, die Schuldfrage aufzurollen. Die Einheitsfront ist wohl *schwer* herzustellen, aber sie ist *möglich*, wenn wir die *Voraussetzungen* schaffen, *die ich darin sehe, daß Eiserne Front und Antifaschistische Front zusammengehen. Nicht „Rot Front" oder „Freiheit" sei der Gruß, sondern „Einheit".*

Gering (Suhl): Am 20. Juli wurde ein historischer Moment verpaßt.

Burk (Leipzig) kritisierte ebenfalls die Untätigkeit der Gewerkschaften am 20. Juli. Es sei immer von Preußen als dem Bollwerk gegen die Reaktion die Rede gewesen, das unbedingt gehalten werden müsse: Preußen verloren, alles verloren! Jetzt am 20. Juli sei diese Stellung widerstandslos preisgegeben worden. Er verlangt, daß sich die Führer beider Parteien zusammensetzen.

Fischer (Chemnitz) verurteilt ebenfalls das Stillschweigen der Gewerkschaften am 20. Juli. Bei ihnen in Chemnitz sei die „frei organisierte Arbeiterschaft am 20. Juli eine einzige Qualle gewesen". — „Wir müssen unseren Gegnern mit anderen Mitteln gegenübertreten als wir ihnen bei der 5. Notverordnung gegenübergetreten sind. Nicht nur mit gebügelten Hosen und im Zylinder, — ein klein wenig von der Frechheit, wie sie die Nazis an den Tag legen, könnte nicht schaden." — *Es sei notwendig, endlich den Kampf aufzunehmen, um das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft wieder zu gewinnen.* Optimismus, 5 Minuten vor Zertrümmerung der Gewerkschaften, sei völlig unangebracht, damit sich das italienische Beispiel nicht wiederhole.

König (Halle) brandmarkt, daß man angesichts der augenblicklichen Situation auf seiten der SPD immer noch vom Hineinwachsen in den Sozialismus rede.

Die Diskussion ging sehr oft so vor sich, als ob man in einer Tagung der SPD sitze, wo die Politik dieser Partei zu beurteilen, auf der Tagesordnung stände. Bezeichnend ist, daß die sogenannten „oppositionellen Redner" in der Mehrzahl die Befürworter einer parteipolitischen neutralen Gewerkschaftsführung waren, die Befürworter auch, daß die Gewerkschaften die Initiative ergreifen, um die Einheitsfront zwischen den Parteien zustande zu bringen. Dem Abstimmungsergebnis zufolge waren fast immer sechs „Oppositionelle" das Beifall hatten die Redner für vernünftige Einheitsfrontbestrebungen und parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsführung mehrmals bei einer größeren Anzahl der Delegierten (größere Anzahl als den sechs „Oppositionellen").

120 Anträge in 15 Minuten.

Die Erledigung der Anträge zum Vorstandsbericht ging wie folgt vor sich: Ein Mitglied der Mandatsprüfungskommission machte der Versammlung die Vorschläge der Kommission zu den einzelnen Anträgen, nach denen auch diskussionslos bis auf eine Ausnahme verfahren wurde. Innerhalb einer Viertelstunde (die Anträge wurden nicht erst vorgelesen, höchstens kurz ihrem Inhalt nach bezeichnet) wurden auf diese Weise 120 Anträge erledigt. Die Anträge 121 und 122, die fordern, daß eine Delegation aus Betriebs- und erwerbslosen Metallarbeitern, zusammengesetzt aus den Reihen des DMV, zu Studienzwecken auf Kosten des Verbandes nach der Sowjetunion entsandt wird, drohten auch auf dieselbe Weise ihre „Erledigung" zu finden; aber einige Delegierte griffen ein. Sie erzwangen, daß sie den Antrag näher begründen konnten. Die Aufmerksamkeit der Delegierten wurde erst durch das Verhalten des Vorstandes besonders auf die Anträge hingelenkt, sodaß sich nunmehr Delegierte für die nähere Begründung der Anträge einsetzten. Die Anträge wurden dann allerdings abgelehnt.

Die zerstörte Klassenfront
— eine Bresche für die Polizei.

Im polnisch-oberschlesischen Kohlengebiet bei Kattowitz hatten erwerbslose Kohlenarbeiter sich selber Notschächte gebaut an Stellen, an denen die Kohle nicht tief unter der Erdoberfläche liegt. Sie hatten dort Kohle gefördert und diese in den umliegenden Ortschaften verkauft.

Monatelang war das gutgegangen. Das Monopol der Produktionsmittelbesitzer war — bis zu einem gewissen Grad — gebrochen; die Arbeiter hatten sich durch eigene Kraft einen Zugang zu den Bodenschätzen erzwungen. Die Monopolbesitzer sahen diesem Ansturm auf ihre „Rechte" natürlich nicht tatenlos zu. Die Polizei wurde aufgeboten: die „widerrechtliche" Förderung und der Verkauf der Kohle sollte unterbunden, die Notschächte selber gesperrt werden. Aber die Polizei drang nicht durch. Die Organisation der Erwerbslosen war zu fest; ihr Betrieb bereits zu ausgedehnt.

Da kam es am vergangenen Dienstag beim Kohlenabbau zum Streit, wie es heißt, zwischen einheimischen und auswärtigen Arbeitern. Die beiden Gruppen gingen mit Schaufeln und Hacken auf einander los. Mehrere Arbeiter wurden schwer, viele leicht verletzt. Irgend jemand rief das Ueberfallkommando herbei, das die Streitenden trennte.

Die Polizei ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen. Als am Mittwoch morgen die Arbeiter auf ihren Schächten die Arbeit wieder aufnehmen wollten, fanden sie das Gelände von Polizei umstellt, die niemanden an die Schächte heranließ.

Hungerlöhne sollen noch weiter abgebaut werden.

Im Textilarbeiterkonflikt für Ostsachsen, in dem die Verhandlungen scheiterten, verlangen die Unternehmer einen Lohnabbau von 5,5 bis 7 Prozent. Die Löhne betrugen für Ostsachsen bis zum 13. August nach dem allgemeinen Webertarif für männliche Zeitlohnarbeiter 47, 49, 52 und 53 Pf. pro Stunde. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen waren 35,5, 37, 38,4 und 39,9 bis 42 Pf. Bei den Akkordarbeitern sind die Löhne der Drei- und Vierstuhlweber etwas höher; von diesen Arbeitern werden aber auch außerordentliche Leistungen verlangt.

In der Textilindustrie arbeitet die große Mehrzahl der Beschäftigten im Akkord. Der Abbau der Tariflöhne sowie die Kürzung der Akkordstücklöhne trieben die Leistungen auf das höchstmögliche Maß hinauf. Die Leistungen des einzelnen — gleichgültig, ob es sich um Zeit- oder Akkordarbeiter handelt — wurden nach den Beobachtungen des Textilarbeiterverbandes gegen früher um 50 bis 60 Prozent gesteigert.

Die elenden Verdienste treten aber erst recht in Erscheinung, wenn man die hohe Zahl der Kurzarbeiter in der Textilindustrie beachtet. Die Textilindustrie hat nach der Statistik des ADGB für Juli den höchsten Prozentsatz Kurzarbeiter. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten 40,6 um 15,5 Stunden wöchentlich verkürzt, und 35,1 sind arbeitslos.

Der Streik im Hafen von Gibraltar ist jetzt allgemein, da auch die spanischen Kohlenträger die Arbeit niedergelegt haben.

Eine Spaltung der schwedischen SP wird erwartet als Folge von Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Aufstellung der Kandidatenlisten für die bevorstehende Parlamentswahl entstanden sind. Mehrere führende Sozialdemokraten sind aus der Parteileitung ausgetreten.

Zwei Tage Hitlerspuk in Oesterreich.

Adolf ist die Einreise nach Oesterreich nicht erlaubt. Die österreichischen Nationalsozialisten wünschen ihn aber zum Wahlkampf bei sich zu haben und haben daher die österreichische Regierung mit der Forderung bestürmt, das Einreiseverbot aufzuheben. Die Regierung ist der Nazi-Propaganda zwar keineswegs freundlich gesonnen — wie erst kürzlich die Verwarnung von Hitlers Vertrauensmann zeigte —, hat aber mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie den NS nicht durch starres Festhalten an dem Verbot Werbestoff für den Wahlkampf liefern wolle, Hitler für zwei Tage, nämlich für den geplanten Landesparteitag der NSDAP am 17. und 18. September, den Aufenhalt in Oesterreich erlaubt.

Unruhen in den französischen Kolonien.

Wie aus St. Louis de Sénégal gemeldet wird, ist eine französische Truppenabteilung in Nord-Mauretanien (einem Teil Französisch-Westafrikas) von Afrikanern überfallen worden. 22 Franzosen, darunter zwei Offiziere, wurden getötet.

Wenn in Militärberichten aus den französischen Kolonien von „Aufständen der Eingeborenen und deren Unterwerfung" berichtet wird, so handelt es sich, wie wir aus Berichten von französischen Augenzeugen erfahren, in den meisten Fällen keinesfalls um Aufstände. Sehr oft unternehmen französische Offiziere mit ihren Truppen Expeditionen ins Innere des Landes. Das erste beste Dorf, das sie auf solchen Streifzügen finden, stecken sie in Brand und schleppen die Bewohner, so weit sie sie nicht ermorden, als Gefangene mit sich. Für dieses „mutige Vorgehen gegen die aufsässigen Eingeborenen", das oft von betrunkenen Offizieren geführt wird, können diese dann die ersten Auszeichnungen und Orden erwarten. In einigen Teilen Marokkos sind die Zustände derart, daß Journalisten und Menschen, von denen die Offiziere befürchten, daß durch sie Nachrichten an die Oeffentlichkeit gelangen könnten, in diesen Gebieten nicht einmal aus dem Zuge aussteigen dürfen.

Unter diesen Umständen ist also sehr zu bezweifeln, ob in dem oben gemeldeten Fall die Afrikaner wirklich die Angreifer und nicht die Ueberfallenen waren. Es wird auch nicht gemeldet, wie viel Afrikaner in dem Kampf umkamen. Selbst wenn sie aber hier den Angriff unternommen haben, so sind ihnen diese Rachemaßnahmen gegen ihre weißen Unterdrücker nicht zu verdenken.

Das Pariser Kriegsgericht hat die Haftentlassung Guilbeaux' abgelehnt, die von dessen Verteidiger beantragt worden war. Der Verteidiger bestreitet die Zuständigkeit des Kriegsgerichts für die Revision des Todesurteils wegen „Paktierens mit dem Feinde", das 1918 gegen Guilbeaux erlassen worden ist. Der Anklagevertreter beantragte die Wiederaufnahme der Untersuchung, da Guilbeaux sich 1918 im Ausland befand und damals gar nicht vernommen worden ist.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Sonnenblumen-Oel
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 – A 1 Jäger 2987
25. August: **Der große Gabbo.** m. Erich Stroheim u. Betty Compson.
ab 26. August: **Jaques Feyder: Die neuen Herren** mit Albert Préjean
Anfangszeiten 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

Die Philosophie Hegels
spielt eine entscheidende Rolle beim ‚historischen Materialismus'.
Wer sich mit dem historischen Materialismus auseinandersetzen will, der lese folgende Schriften:
Otto Apelt: Die Behandlung der Geschichte der Philosophie bei Fries und bei Hegel. Sonderdruck 1,— M.
Hellmuth Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution. / 72 Seiten. 0,60 M.
Leonard Nelson: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Auflage. 0,40 M.
Minna Specht: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 0,60 M.
Verlag ‚Oeffentliches Leben', Berlin S14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Die Sozialisierung marschiert.

Hk. Die für Dienstag angesetzten Koalitionsbesprechungen zwischen den preußischen Landtagsfraktionen der Nazis und des Zentrums waren plötzlich abgesagt worden. Die Zentrumspresse teilt als wahrscheinlichen Grund die Absicht mit, die Frage der preußischen Regierung nicht unabhängig von der Frage, wie das Reich in Zukunft regiert werden soll, zu behandeln. Diesen Wunsch einer gemeinsamen Behandlung der Fragen im Reich und in Preußen soll unter anderen Brüning betont haben.

Der (katholische) „Bayerische Kurier" schreibt im Anschluß an diese Meldung:

„Durch diese Mitteilung erhalten die seit Tagen umlaufenden Nachrichten über eine Fühlungnahme der offiziellen Stellen mit Vertretern der Gewerkschaften erhöhte Bedeutung. Es ist bekannt, daß vor einiger Zeit die Zentrumsabgeordneten Dr. Stegerwald und Imbusch, sowie **Vertreter der freien Gewerkschaften vom Reichswehrminister Schleicher empfangen worden sind, der ganz offensichtlich neue Wege zu gehen versucht,** nachdem es auch ihm klar geworden sein dürfte, daß einem Kabinett Papen Schwierigkeiten politischer, sowohl wie persönlicher Natur begegnen werden. Um welche Pläne es sich handelt, läßt sich im einzelnen nicht sagen. Nach den Gerüchten, die umlaufen, würde es sich um den Versuch handeln, die Gewerkschaften aller Richtungen zu einem Block zusammenzufassen, der im Verein mit den Nationalsozialisten oder deren sozialistischem Flügel unter der Führung Straßers ein Kabinett parlamentarisch untermauern und ein Sozialisierungsprogramm im Sinne der Pläne des Reichwehrministeriums unter Mitwirkung des Generals Schleicher durchführen soll. Damit wird der Plan im Zusammenhang gebracht, demzufolge nach dem Sturze der Regierung Papen im Reichstage ein neues Präsidialkabinett unter der Führung des Reichswehrministers Schleicher gebildet werden soll. Dieses Kabinett soll, wie es heißt, so zusammengesetzt werden, daß es von den Nationalsozialisten und der Front der Gewerkschaften unterstützt werden könnte."

Ein weitschauender Plan von Schleicher! Es ist interessant, daß dieser Stratege ein Schüler Ludendorffs ist und mit diesem in der Obersten Heeresleitung zusammengearbeitet hat, als es während des Krieges darum ging, dieselbe nationale „Einheitsfront" zu bilden zum „Durchhalten", die Schleicher jetzt anscheinend wieder aufbauen will. Von Ludendorff wird aus einer der verzweifelten Kabinettsbesprechungen gegen Kriegsende das Wort berichtet:

„Packen Sie das Volk! Reißen Sie es hoch! Kann das nicht Herr Ebert tun?"

Diese Frage, die in Gegenwart von Exzellenz Scheidemann gestellt wurde, enthält ein ganzes politisches Programm, dessen Gefährlichkeit für die Arbeiterschaft in die Augen springt. Nach allen Erfahrungen von 1914 bis zum 20. Juli 1932 ist die Gefahr riesengroß, daß die Gewerkschaften auf die Linie Schleicher eingehen. Sie sollten endlich ein Wort der Rechenschaft an die Arbeiterschaft richten, statt nur den „Vorwärts" seine Wut gegen die „Rote Fahne" äußern zu lassen, die bereits seit Tagen diese Pläne der Gewerkschaften „enthüllt".

Wir sehen selbstverständlich diese Schleicher-„Linie" für Arbeiter als eine Tollheit an: nichts anderes würde dabei herauskommen, als 1914 bis 1918 dabei herausgekommen ist.

Neue Aktionen der Totschläger-Freunde.

Herr Frick, der kurz vor der Wahl seine Mordrede in Ostdeutschland hielt, hat an Herrn von Papen telegraphiert:

Frick warnt.

. . . Namens nationalsozialistischer Reichstagsfraktion warne ich angesichts 300 ungesühnter marxistischer Mordtaten, zuletzt der Ohlauer, vor Vollstreckung Beuthener Todesurteile. Frick.

*

Die Namen der 300 ungesühnt von Marxisten Ermordeten sollten die Nazis mal mitteilen. Wir sind überzeugt, daß erstens diese Zahl überhaupt ausgedacht ist, zweitens bei den „Ermordeten" auch die durch sich selber „ermordeten" SA- und SS-Leute enthalten sind.

Im übrigen sollte einmal ein Kommunist solch ein Telegramm an Herrn von Papen schicken.

Röhm fährt nach Beuthen.

Er beabsichtigt dort, „sich des Schicksals der zum Tode verurteilten SA-Männer an Ort und Stelle anzunehmen und in einer persönlichen Konferenz mit der Verteidigung die Maßnahmen zur Abwendung der Todesurteile zu besprechen.

Auch Herr Freisler fährt nach Beuthen.

Er will dort (als Leiter eines parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses) prüfen, ob nicht der Ausschuß an Ort und Stelle sich mit dem Prozeß gegen die SA-Leute beschäftigen könne. In parlamentarischen Kreisen wird dazu erklärt, daß der Ausschußvorsitzende zwar das Recht habe, den Untersuchungsausschuß jederzeit einzuberufen; doch stehe weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung etwas darüber, ob der Vorsitzende den Ausschuß auch an einen außerhalb des Sitzes des Parlaments gelegenen Ort berufen dürfe. Da nach der Ausführungsverordnung zum Diätengesetz für die preußischen Landtagsabgeordneten Diäten und Reisegelder für Reisen von Ausschüssen nur dann gewährt werden, wenn der Aeltestenrat vorher die Zustimmung zur Reise gegeben habe, so wäre auch im vorliegenden Falle erst die Entscheidung des Aeltestenrates herbeizuführen, der am 30. August vor der Vollsitzung zusammentritt. Der Ausschuß hat 29 Mitglieder; Tagesdiäten nach außerhalb: pro Mann 10,— Mark.

„Stahlhelm" und „Königin-Luise-Bund" haben um Milderung des Beuthener Urteils gebeten.

Kampf um die Ordnung in Beuthen.

Röhm und Heines kamen am Mittwoch in Begleitung des nationalsozialistischen Verteidigers Luetgebrune nach Beuthen, um die Verurteilten zu sprechen. Röhm erhielt die Erlaubnis, Heines wurde sie verweigert. Als Heines der vor dem Gerichtsgebäude wartenden Menge dies mitteilte, tobte diese. Die Polizei räumte den Platz.

Am Mittwoch abend kam es zu nationalsozialistischen Ausschreitungen in Beuthen: Fensterscheibenzertrümmerung bei verschiedenen Geschäften und Restaurants (Kochmann, Weinstein, Steinhauer und Tiefenbrunn), an der Wohnung eines Dr. Goldstein, beim KP-Büro, bei der Zentrumszeitung, Skandalszenen um das Gerichtsgebäude. Bisher im ganzen neun Verhaftungen.

Der Regierungspräsident von Oppeln, Lukaschek, hat zwei Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen:

1. Es ist für Oberschlesien verboten, zu politischen Zwecken Personen auf Lastkraftwagen zu befördern.

2. Ein Stadtbezirk um das Landgericht Beuthen wird zur Bannmeile erklärt, d. h. innerhalb dieses Bezirks ist jede Zusammenrottung einzelner Personen oder Gruppen auf der Straße verboten.

„Angriff" verboten.

Der Berliner Polizeipräsident hat den „Angriff" für eine Woche (bis zum 31. August) verboten.

„Mensch ist nicht gleich Mensch!"

Unverhüllte Mordhetze der Nazipresse gegen Polen und Kommunisten.

Wir haben gestern die „Hamburger Nachrichten" zitiert mit ihrer scheußlichen Hetze gegen den ermordeten Pietrzuch. Damit man nicht etwa glaube, das sei eine Entgleisung gewesen, bringen wir hier eine Aeußerung des Schriftleiters des „Völkischen Beobachters", Rosenberg, der heute schreibt, für das heute herrschende, alle gesunden Selbsterhaltungsinstinkte des Volkes überkrustende „Recht" sei es bezeichnend, daß Mensch gleich Mensch sein soll. Die gleiche Justiz habe während der wahnsinnigen Inflation erklärt, Mark sei gleich Mark, und dieser Irrtum des „objektiven Denkens" kostete Tausende von Menschenleben, der Nation aber ihr gesamtes gespartes Volksvermögen. Nun seien die „Objektiven" auf Beuthen besonders stolz, prahlen mit ihrer unbestechlichen Justiz, die keine politische Lage berücksichtige, wir aber erklären, daß diese Berücksichtigung das Wesentliche bei allen Prozessen zu sein habe. Mensch sei nicht gleich Mensch, Tat nicht gleich Tat. Fünf Deutsche, darunter alte Frontkämpfer, sollen erschossen werden, weil ein Pole, der zugleich Bolschewik war, erschlagen wurde. Eine derartige „Justiz" wende sich gegen den elementarsten Selbsterhaltungsinstinkt einer Nation. Der Nationalsozialismus setze hier auch weltanschaulich ein. Für ihn sei nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch, für ihn gebe es kein „Recht an sich", sondern sein Ziel sei der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis sei der Schutz dieses Deutschen und alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft habe sich nach dieser Zwecksetzung einzustellen.

*

Der „Angriff" ist auf einige Tage verboten worden; es scheint uns an der Zeit, die gesamte Nazipresse für einige Wochen kaltzustellen; denn es ist für die leitenden Staatsbeamten gar nicht zu verantworten, diese gemeingefährlichen Mordhetzer ungestört ihr Werk treiben zu lassen.

Fünf Sondergerichtsurteile wegen Schußwaffenbesitzes.

Sondergericht	Urteil	Verurteilte
Altona	6 Monate Gefängnis	der 23jährige Arbeiter Memminger aus Altona
Königsberg	2 bzw. 4 bzw. 5 Monate Gefängnis	drei Kommunisten aus Labiau
Allenstein	1 Monat Gefängnis	Sturmführer Hellwig
Allenstein	2 Wochen Gefängnis	SA-Mann Banz
Allenstein	3 Monate 2 Wochen bzw. 6 Monate Gefängnis	ein Arbeiter, ein Maurer

Auch ein Waffenbesitz.

Gericht: Schöffengericht Frankfurt (Oder).

Urteil: Zwei Angeklagte erhielten drei, einer einen Monat Gefängnis.

Politische Richtung der Angeklagten: Reichsbannerleute.

Bericht (nach „Vorwärts"): Sie waren angeklagt, auf Grund der Notverordnung gegen Waffenmißbrauch, weil sie mit Erlaubnis des zuständigen Polizeikommissars gelegentlich des Kreistreffens des Reichsbanners in Frankfurt (Oder) als Symbolgruppe auf einem Lastwagen 3 Dunggabeln mitgeführt hatten. Das Urteil entsprach den Anträgen des Staatsanwalts Gressin, der den Nationalsozialisten nahesteht.

Kluft zwischen dem Vorgehen Uexküllls und dem methodischen Weg, den die Naturforscher der Aufklärungszeit als den ihrer Aufgabe angemessenen erkannt hatten.

Die Aufdeckung der Ursache eines Vorgangs kann nie auf Grund nur der Beschreibung des Vorgangs selber gelingen. Erst die wiederholte Beobachtung des Vorgangs und vor allem der Umstände, die ihm in jedem Fall zeitlich vorangehen, macht es möglich, seine Ursache herauszufinden, diejenigen Umstände nämlich, auf die der untersuchte Vorgang mit Notwendigkeit folgt.

Die Frage, ob gewisse Gegenstände planvoll sind, ob also bei ihrer Entstehung ein Wesen, das sich Zwecke setzen kann, in der angegebenen Weise mitgewirkt hat, kann ebenso wie alle anderen Fragen nach der Ursache von Vorgängen, nur auf Grund von Erfahrung entschieden werden. Diese Frage tritt vor allem bei der Erforschung bisher unbekannter Gebiete der Erde oder anderer Planeten, in der Tat auf und hat in solchen Fällen schon wissenschaftliche Bearbeitung gefunden. Dahin gehört z. B. die Aufgabe, die sogenannten „Mars-Kanäle" zu erklären. Das weitausgedehnte, fast geradlinige Liniensystem, das die Oberfläche des Mars dem aufmerksamen Beobachter zeigt, gab zu der Frage Anlaß, ob nach den Erfahrungen, die man bisher mit der Entstehung großer und geradliniger Erdrisse gemacht hat und unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse an der Erd- und an der Marsoberfläche, die Entstehung des Kanalsystems nur durch die Hypothese verständlich gemacht werden könnte, daß vernünftige Wesen auf dem Mars die Oberfläche ihres Planeten planvoll bearbeitet haben, oder ob die Ursache auch in anderen von den Handlungen solcher Personen unabhängigen Umständen liegen könne.

Ein ähnlicher Fall, in dem wissenschaftlich die Frage nach der Planmäßigkeit eines Gegenstandes diskutiert worden ist, ist die Erklärung von Glasresten, die an irgendeiner Stelle der Erde gefunden werden. Im allgemeinen ist der Schluß berechtigt, daß solche Glasreste von Menschen stammen, die das Glas planmäßig hergestellt haben. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß diese Erklärung nicht immer zutrifft. In Böhmen haben sich Glaskugeln gefunden, die man früher fälschlich für die Produkte einer alten Glasmacherkunst gehalten hat. Später aber hat sich — wiederum auf Grund einer genauen Prüfung der Umstände, unter denen diese Kugeln gefunden worden sind — gezeigt, daß die Ursache für ihre Entstehung offenbar in dem Aufschlagen kleiner, aus dem Weltenraum auf die Erde niederstürzender Steine zu suchen ist.

Ueber die methodischen Regeln der Induktion, nach denen solche Fragen wissenschaftlich entschieden werden, setzt Uexküll sich souverän hinweg mit seiner Behauptung, man könne es der Tüte des Rüsselkäfers und diesem selber anmerken, daß dies planvolle Gebilde seien, die Tüte, weil sie den Käfereiern Schutz gewährt, und dem Käfer, weil er die Fähigkeit besitzt, Tüten zu drehen. Denn damit beansprucht er, unmittelbar aus den Eigenschaften von Tüte und Käfer etwas über die Ursache ihrer Entstehung ablesen zu können.

Hätte Uexküll die Erforschung dieser Ursache, oder die Prüfung seiner These einer induktiven Untersuchung überlassen, so wäre seine Entscheidung anders ausgefallen, als sie es ist. Was die von Tieren hergestellten Produkte angeht, so gibt er selber zu, daß die Tiere nicht nach einem Plan vorgehen, den sie auf Grund eines einmal gesetzten Zwecks gefaßt haben. Ein anderes Wesen aber, das den Rüsselkäfer zum Tütendrehen oder die Biene zum Wabenbau zwänge, und dem man daher diese Produkte als planvolle Erzeugnisse zuschreiben könnte, hat sich bisher in der Natur nicht finden lassen. Und ebensowenig gibt irgend eine Erfahrung einen Anhalt für die Annahme, daß die Lebewesen in der Natur das planmäßig hergestellte Produkt eines anderen Naturwesens wären. Für die Biologie ergibt sich damit die Aufgabe, nach anderen Erklärungen für die Instinkthandlungen der Tiere und die Entstehung der Lebewesen zu suchen. Diese Aufgabe ist gewiß noch nicht annähernd gelöst worden. Aber das ist kein Grund, den Weg dieser Forschung abzubrechen, ihren Ergebnissen mit der rhetorischen Frage: „Woher sollte dieser Plan wohl stammen?" vorzugreifen und das, was man in der Natur entdecken möchte, dort aber nicht findet, in eine geheimnisvolle Welt außerhalb der Natur zu verlegen.

Die begreifliche Folge dieses Verzichts auf die von Laplace geforderte nüchterne und beharrliche Erforschung der Natur, ist die Mystik, der Uexküll verfällt. In seiner Welt gibt es Naturpläne, die von sich aus anfangen, aktiv zu werden und Tiere zu vergewaltigen, statt daß, wie es in der unserer Erfahrung zugänglichen Natur zu sein pflegt, die Wirksamkeit eines Plans nur darin besteht, daß ein vernünftiges Wesen den Plan faßt und danach handelt. Oder Uexküll greift bei der Erklärung von Naturgeschehen zu der Vorstellung eines Schöpfers der Natur, der offenbar selber den Gesetzen der Natur nicht unterworfen ist; denn anderenfalls müßte ja auch für ihn, der in der Lage ist, planvolle Gestalten anzufertigen, die von Uexküll sonst so eindringlich gestellte Frage nach dem Schöpfer dieses „planvollen" Wesens verbindlich sein, womit man denn zu einem Obergott käme, der Gott erschaffen hat und der dabei nach der gleichen Ueberlegung selber nur als das planvolle Produkt einer noch höheren Gottheit angesprochen werden dürfte.

Die verhängnisvollste Konsequenz der Uexküllschen Spekulationen ist es aber, daß gerade sie, die mit dem Anspruch auftreten, der besonderen Stellung planmäßiger Vorgänge im Ganzen der Natur Rechnung zu tragen, dazu angetan sind, diejenige Frage abzuwürgen, die in der Tat über die Untersuchung der kausalen Zusammenhänge hinaus, solchen Vorgängen gegenüber am Platze ist: die Frage nach dem Wert und dem Recht der Zwecke, die durch die Pläne vernünftiger Wesen in der Natur verfolgt werden. Für den, der göttliche Zwecke oder solche der Natur glaubt erkennen zu können, tritt nur zu leicht die blinde Unterwerfung unter diese Zwecke an die Stelle der verantwortungsvollen und selbständigen Entscheidung über das, was er als vernünftiges Wesen erstreben sollte. Die katholische Kirche, deren Gottesbeweise genau die gleiche Argumentation heranziehen, wie Uexküll sie vorbringt, hat sich das zunutze gemacht und mit dem Anspruch, die Verkünderin des göttlichen Willens zu sein, ihre Gläubigen ihrer Autorität unterworfen. Die Phantastereien über angebliche „Naturpläne" bilden im Gegensatz dazu den gefährlichen Nährboden für die nationalsozialistische Bluts- und Rassenmystik, nach der die öffentlichen Zwecke eines Staates durch die Haarfarbe und die Blutbeschaffenheit seiner Bürger bestimmt werden. Zu welchem Irrsinn und zu welchen Verbrechen solche Theorien führen, zeigen die Vorgänge in Deutschland heute zur Genüge. Das ist die unmittelbare politische — nicht nur kulturpolitische — Gefahr, die aus dieser Erweichung der strengen Anforderungen wissenschaftlicher Genauigkeit erwächst.

Grete Hermann.

Luther: Keine Inflations-Kampferspritze!

Der Person und den Ansichten des Reichsbankpräsidenten kommt gerade in Anbetracht der verworrenen innenpolitischen Lage besondere Bedeutung zu. Er ist auf Grund der bestehenden Gesetzesbestimmungen weitgehend der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Gewiß kein sozialistischer Pol! Aber auch kein nationalsozialistischer! Er wird nicht, wie Havenstein, einer seiner Vorgänger, in eine Inflation hineinschlittern. Das zeigt die Rede, die Luther am 24. August auf dem Genossenschaftstag in Dortmund gehalten hat.

Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen dieser Rede mit einigen Randbemerkungen wieder.

Keine Experimente!

Angesichts des Gedankens, der so viele berauscht, nur ganz Neues vermöge Abhilfe von den vielen Uebeln der Zeit zu schaffen, könnte bei manchen der Eindruck entstehen, als ob eine Verteidigung des Grundsatzes der Privatwirtschaft und der Aufrechterhaltung weltwirtschaftlicher Verbindungen wie auch eine Verteidigung der Goldwährung Passivität sei und ein gefährliches Sichtreibenlassen bedeute, während ein forsches Indenvordergrundschieben unerprobter Wirtschaftsgedanken und Währungsvorschläge als entschlossenes Handeln gepriesen wird.

Es war aber immer und zu allen Zeiten gefährlich, der Linie des geringsten Widerstandes zu folgen, die sich aus verbreiteten Stimmungen der Bevölkerung ergibt. Wirtschaftsentscheidungen sind Entscheidungen auf lange Frist und, werden sie falsch getroffen, so wird das Volk die Folgen noch zu fühlen haben, wenn die wirtschaftspolitischen Strömungen und Stimmungen, die sie einst hervorriefen, sich längst in ganz anderer Richtung bewegen.

Erhaltung der Privatwirtschaft.

Gerade im Kreise der Genossenschaften, die nie etwas anderes gewollt haben, als die privatwirtschaftliche Betätigung des Einzelnen zu erleichtern, spreche ich besonders gern aus, daß nach allen bisherigen Erfahrungen der Menschheit nur durch Einsetzung des privatgeschäftlichen Erfolgstrebens, aber auch der privatgeschäftlichen eigenen Verantwortung jener höchste Nutzerfolg aus der Menschenarbeit herausgeholt werden kann, der herausgeholt werden muß, um Deutschland einer neuen Blüte entgegenzuführen. Das Wesentliche ist und bleibt die Erreichung wirtschaftlicher Freiheit für alle schöpferischen Kräfte. (Und die schöpferischen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft??) Es dürfen der Wirtschaft keine Bedingungen auferlegt werden, bei deren Erfüllung das freie Wirtschaften selber in Frage gestellt wird. — (Und was ist mit den Zöllen? Das sind doch wirklich Bedingungen, die das freie Wirtschaften in Frage stellen!)

Gegen den Autarkie-Unsinn.

Die Deutschen, die infolge ihrer fortschreitenden Verflechtung mit der Weltwirtschaft von 40 auf mehr als 60 Millionen angewachsen sind, haben Jahrzehnte hindurch einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitsleistung an das Ausland verkauft. Sie würden, wenn diese Verkaufsmöglichkeit fortfiele, einem derartigen Elendszustand preisgegeben sein, daß die aus dem Aufsichselbergestelltsein entstehenden Gefühlswerte (?!) durch den Rückgang der Lebensführung mehr als aufgewogen würden. Sache der praktischen Politik ist es, einen Zustand herbeizuführen, in dem der Binnenmarkt stark ist und wir doch die Segnungen des Weltwirtschaftsverkehrs genießen. Die absolute Autarkie aber, die ja wohl nur wenigen als Ziel vorschwebt, würde mit Not und Tod sehr vieler Deutschen überbezahlt werden. Die Landwirtschaft kann nur dann die Preise erzielen, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung eine starke Ergänzung durch Beschäftigung im Dienste der Ausfuhr erfährt.

1000 Währungsprojekte.

Auch die Währung ist kein Versuchsfeld, keine Stelle, an der, ohne die Erfahrungen der Vergangenheit zu benutzen, herumgebastelt werden darf. Der Reichsbank sind über 1000 Währungsprojekte eingereicht worden. Welches dieser Projekte ist das richtige?

Alle Währungsleiter der Welt sind sich darüber einig, daß die Krise von der Währungsseite her nicht überwunden werden kann. Das bedeutet keineswegs, daß nicht währungsmäßig kleine Hilfen geleistet werden können, und bedeutet auch nicht, daß bei sorgfältiger Beachtung der gegen jede Inflation gerichteten Notenbankgrundregel zum richtigen Zeitpunkt Kredithilfen auch in umfassender Weise eingesetzt werden können. Mit der

Kampferspritze der offenen, verschleierten oder dosierten Inflation

sich als Reichsbankpräsident Volkstümlichkeit zu erringen, die sicher rasch einer ewigen Verfluchung Platz machen würde; das muß ich vor meinem Gewissen und vor meinem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber unserem Vaterlande ablehnen.

Es fehlt an Nachfrage nach Reichsbankkredit.

Im Rahmen des währungstechnisch Möglichen hat die Reichsbank alles getan, was getan werden konnte, und wird es weiter tun. Irreführend ist das Wort Kreditausweitung besonders dann, wenn damit die Vorstellung verbunden wird, als hätte die Reichsbank jemals (nachdem die Bankenschließung als solche überwunden war) wirtschaftlich berechtigte Kredite verweigert, und als bedürfe es zur Behebung dieses Zustandes einer Kreditausweitung. Richtig ist das eine, daß die Notenbank nie die Grundregel außer Kraft setzen kann, wonach der Umlauf von Waren und Leistungen von sich aus den Umlauf an Geld unter Berücksichtigung der Umlaufsgeschwindigkeit dieses Geldes bestimmt. Was die Reichsbank für Arbeitsbeschaffung bereits getan und zugesagt hat, ist bekannt. Aus dem Regierungsprogramm wird sich Weiteres ergeben. Ich erinnere auch an die Russenwechsel und an die Sparkassenhilfe. Vor allem aber spreche ich auch hier wieder aus, daß die Reichsbank bereit ist, der Wirtschaft für jeden wirtschaftlich gesunden Zweck ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen, sofern es sich nur um echte Geschäftsvorgänge, in der Regel um Warenbewegungen handelt, aus denen die Zahlung und damit die Einlösung des Wechsels in der erforderlichen kurzen Frist sich ergibt In diesem echt wirtschaftlichen Rahmen

Optimismus.

Wir befinden uns in einer Lage, in der man allerdings noch nicht sagen kann, daß die Wirtschaftskrise ihren Drehpunkt bereits durchschritten hätte. Wohl aber ist die elementare Kraft des Schrumpfungsprozesses der Wirtschaft nicht mehr so groß, daß man nicht alles daran setzen müßte, den Wirtschaftenden wieder Mut zu machen, und daß man nicht mit wohl überlegten und entschiedenen Maßnahmen der Staatsgewalt und der Reichsbank nunmehr versuchen dürfte und müßte, den natürlichen Genesungsprozeß zu unterstützen. Manches, was in einem früheren Zustand der Krise von der Wucht der Ereignisse verschlungen worden wäre, kann jetzt mit Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden.

fehlen nicht die Kredite, sondern es fehlen die, die bereit sind, die Kredite zu nehmen.

Auch wenn demnächst das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung besondere Erleichterungen bieten wird und die Reichsbank Wege gefunden hat, um kräftig mitzuwirken, so kommt es letzten Endes doch darauf an, daß die zum privaten Wirtschaften Berufenen nun auch wirklich wirtschaften wollen.

Die Behauptung, daß die Wirtschaft so wenig Kredite bekäme, weil Deutschland so wenig Gold hätte, ist ein Märchen. Die Reichsbank kauft heute jeden ihr vorgelegten Wechsel, wenn er seinen Eigenschaften nach reichsbankfähig ist.

Binnenwährung — Außenhandelsmonopol.

Nun zur Binnenwährung. Bei den unzähligen Ein- und Ausfuhrfällen, es sind etwa 50 000 Ausfuhrfälle täglich, müßten sich Menschen finden, die bereit wären, das Kursrisiko zwischen Binnenwährung und internationaler Goldwährung zu übernehmen. Bei der Unabsehbarkeit des Risikos werden sie sich nicht finden! Dann müßte also für die ganze Ein- und Ausfuhr ein Außenhandelsmonopol geschaffen werden.

Wie können aber in bürokratischer Weise, ohne daß das Ganze ins Stocken gerät, 50 000 Ausfuhrfälle täglich behandelt werden? Diese Ausfuhr, von der ein großer Teil des Volkes unmittelbar oder mittelbar lebt, baut sich auf der individuellen Arbeit der Industriellen und der Kaufleute auf. Diese ungeheure individuelle Arbeit der Industriellen und Kaufleute wird und kann nur geleistet werden, wenn kein unabsehbares Kursrisiko besteht oder mit anderen Worten, solange Deutschland die Goldwährung hat.

Zur Diskontsenkung bereit.

Was den Diskontsatz betrifft, so ist die *Reichsbank* — vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung, die ja stets nur nach den Verhältnissen des Tages, an dem die Entscheidung ergeht, getroffen werden kann — *zur weiteren Diskontsenkung bereit.* Diese Bereitwilligkeit besteht seit längerer Zeit. Eine weitere Diskontsenkung liegt auf der Linie der gesamten im Wirtschaftsinteresse geführten Diskontpolitik der Reichsbank. Wenn sie bisher nicht erfolgt ist, so liegt das lediglich an der Vorschrift des Bankgesetzes.

Die Maßnahmen zur Aenderung dieses Zustandes fallen in die Zuständigkeit der Reichsregierung, die alle Möglichkeiten im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung prüft. Wunsch und Bemühungen der Reichsbank gehen dahin, daß die gesetzlichen Hindernisse, die die Freiheit der Diskontpolitik der Reichsbank einengen, sobald als möglich beseitigt werden, damit der notleidenden Wirtschaft Kredit zum geringst möglichen Diskontsatz zur Verfügung gestellt werden kann. (Gegen billige Kredite an notleidende Unternehmungen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden. Wie steht es aber mit Krediten an Bankerotteure?)

England als Vorbild?

Eine besondere Frage will ich noch berühren, über die so viel gesprochen wird. Wie war es eigentlich mit der englischen Devalvation? *Geplant* war das Aufgeben der Goldparität in England nicht, darüber stimmen alle öffentlichen und privaten Aeußerungen aus England überein. Der Vorgang ist aus einer Notsituation entstanden, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Bank von England nach Mitteilungen an die Oeffentlichkeit keinerlei Gold mehr besaß, dem nicht Rückzahlungsverpflichtungen gegenübergestanden hätten.

Die englische Währung fand nach dem Verlassen des alten Goldstandards einen Schutz, den die deutsche Währung im entsprechenden Falle nicht finden würde. Sehr viele Verpflichtungen über die ganze Erde weg lauteten auf Pfund, und zwar zu ununterbrochen eintretenden Fälligkeiten. Infolgedessen waren sofort zahlreiche Käufer am Markt, die Pfunde kauften, auch nachdem die Stabilität aufgegeben war. Dadurch entstand die Gegenposition, und so setzte sich die Pfundentwertung nicht unbegrenzt fort, sondern kam, nachdem 25 bis 30 Prozent Disagio (Abwertung) entstanden waren, auf ganz natürlichem Wege zum Stillstand. Wo wären solche natürlichen Gegenkräfte gegenüber einer Devalvation der deutschen Reichsmark?

Nun folgte für England der zweite Akt, der nur möglich war, weil der erste Akt sich abgespielt hatte. Nachdem nämlich die Goldbesitzer Englands und besonders auch Indiens sahen, daß das Pfund nicht ins Bodenlose abglitt, nachdem andererseits (wie in der Regel beim Beginn von Währungsentwertungen in Völkern, die keine Inflationserfahrungen haben), die Preise sich nicht oder nicht wesentlich veränderten, war es für die Goldbesitzer ein gutes Geschäft, ihr Gold gegen Pfunde zu verkaufen. Es war das, was man börsentechnisch eine Gewinnsicherung nennt, und so strömte Gold zur Bank von England. — Ich habe diese Schilderung auch deshalb gegeben, um zu zeigen, wie unrichtig es ist, Währungsentscheidungen nach den Vorbildern anderer Länder treffen zu wollen.

•

Für alle diejenigen, die mit Sorge die vielen Inflationsprojekte verfolgen, mit denen der Reichsbankpräsident bestürmt wird, ist die Besonnenheit in Luthers Rede eine gewisse Beruhigung. Nur eine *gewisse* Beruhigung. Aber immerhin: Luther erklärt ausdrücklich, er verzichte darauf, sich mit der „Kampferspritze der offenen, verschleierten oder dosierten Inflation" Volkstümlichkeit zu erringen!

Deutsche Genossenschaften im Krisenjahr 1931.

Der Deutsche Genossenschaftsverband stellt in seinem Jahrbuch für 1931 fest, daß die weitaus meisten Genossenschaften auch im Jahre 1931 eine außerordentliche Lebenskraft bewiesen haben und trotz der schweren Krise auf gesicherter Grundlage stehen. Nur eine kleine Anzahl ist in Schwierigkeiten gekommen infolge Nichtbeachtung der alten genossenschaftlichen Grundsätze und Erfahrungen.

Der *Zahl der Genossenschaften* nach steht der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften e. V.-Raiffeisen an erster Stelle, der *Mitgliederzahl* nach der Zentralverband deutscher Konsumvereine, aber hinsichtlich des *Umsatzes* und der *inneren Kapitalstärke* steht der Deutsche Genossenschaftsverband an erster Stelle.

Die 17 genossenschaftlichen Kreditzentralen des Deutschen Genossenschaftsverbandes hatten 1931 sogar eine Ausdehnung ihres Geschäftsumfanges aufzuweisen. Rund 91 Millionen Mark standen ihnen 1931 als Betriebsmittel zur Verfügung gegenüber 86 Millionen Mark im Vorjahr. Allerdings waren bei den 14 eigentlichen Verbandskassen (ohne Edekabank und Reichsverkehrsbank) infolge der Krise 1931 die Einlagen mit 38 Millionen Mark um 5 Millionen Mark geringer als im Vorjahr. Der Umsatz einschließlich der beiden Sonderbanken beläuft sich auf 7,9 gegenüber 9,1 Milliarden Mark im Vorjahr. Einschließlich der Kredite aus weitergegebenen Wechseln belaufen sich bei den 14 Zentralkassen die Gesamtausleihungen auf 130 Millionen Mark.

Die Einlagen bei den Kreditgenossenschaften sind 1931 von 1522 auf 1263 Millionen Mark zurückgegangen. Die Einlagenabzüge wurden im wesentlichen ohne fremde Hilfe finanziert. Der Umsatz der Kreditgenossenschaften beläuft sich auf rund 30 gegenüber 38,4 Milliarden Mark im Vorjahr. Die Verluste betragen 1931 6 bis 7 Prozent des eigenen Vermögens der Kreditgenossenschaften.

Bei den Warengenossenschaften ist im Berichtsjahr ein Umsatzrückgang von 1187 auf 1073 Millionen Mark festzustellen. Wenn man die Umsätze der Zentralbezugs- und der sonstigen Genossenschaften ausschaltet, so ist der Umsatz im Berichtsjahr von 941 auf 830 Millionen Mark zurückgegangen. Bei einem eigenen Vermögen von 86,8 Millionen Mark haben die Warengenossenschaften einen Verlust von 3,3 Millionen Mark zu verzeichnen.

Entsprechend dem Konjunkturrückgang ist auch bei den Baugenossenschaften die Neubautätigkeit stark vermindert worden. Ende 1931 waren von den Mitgliedern der Baugenossenschaften 61 Prozent mit Wohnungen versorgt gegenüber 54 Prozent im Jahre 1930. Bey.

DEUTSCHLAND

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im Juli zu 34,7 Prozent (im Juni: 35,7, im Juli 1931: 46,7 Prozent) ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Verbrauchsgüterindustrien zu 39,3 Prozent (im Juni 41,4, im Juli 1931: 51,4 Prozent) und die Betriebe der Produktionsgüterindustrien zu 31,2 (im Juni: 31,3, im Juli 1931: 43,1 Prozent).

Deutsche Industrielle nach Ottawa: „Das Ergebnis von Ottawa kann in mehr denn in einer Hinsicht für Deutschland günstig sein. Mehrere Länder, in denen Deutschland mit England in heftigem Konkurrenzkampf steht, fühlen sich durch das Ergebnis von Ottawa schwer enttäuscht und bedroht. . . . Man sollte den augenblicklich günstigen Zeitpunkt nicht nutzlos verstreichen lassen und Dänemark in Bezug auf die deutsche Butterzollpolitik größeres Entgegenkommen zeigen, zumal diese Politik doch Schiffbruch erlitten hat." (Hugenbergs „Volkswirtschaftliche Correspondenz" vom 24. August.)

Deutsche Agrarier nach Ottawa: „Gerade *Dänemark und Holland* werden die *Hauptlasten aus der englischen Imperialpolitik* zu tragen haben. Bei dieser Sachlage sollten Dänemark und Holland bei den jetzigen Butterzollverhandlungen sich Deutschland gegenüber besonders erkenntlich dafür zeigen, daß Deutschland auf Gegenmaßnahmen gegen die Erschwerung der deutschen Ausfuhr verzichtet hat. Werden diese von England im Stich gelassenen Staaten nunmehr im eigenen Interesse der deutschen Ausfuhr freundlicher entgegenkommen müssen als bisher, so werden sie doch nicht verlangen können, daß Deutschland beim Butterzoll auf den notwendigen verstärkten Schutz der Veredelungswirtschaft verzichtet." (Hugenbergs „Landwirtschaftliche Wochenschau" vom 23. August.)

Einfuhr ins Land des „Brudervolkes" verboten! Die deutschen Bleistift-Industriellen beklagen sich bitter über das österreichische Einfuhrverbot für deutsche Bleistifte. Durch diese und ähnliche handelspolitische Maßnahmen habe sich die kritische Lage in diesem Industriegebiet sehr verschärft.

BULGARIEN

Defizit im Staatshaushalt: Nach amtlichen Berichten hat das Finanzjahr 1931/32 mit einem Defizit von 891 Millionen Lewa (27 Millionen Mark) abgeschlossen. Einnahmen: 6,5 Milliarden Lewa; Ausgaben: 7,4 Milliarden Lewa.

ENGLAND

Restlose Rückzahlung der amerikanisch-französischen Stützungskredite: Am 10. September ist eine Restsumme von 20 Millionen Pfund Sterling fällig. Sie wird am Fälligkeitstage zurückgezahlt werden. — Die englischen Behörden wollen also künftig ohne fremde Mittel das Pfund auf der von ihnen gewünschten Höhe halten.